

**Ergebnisprotokoll**  
**der 6. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,**  
**Energie und Landwirtschaft vom 11.02.2016**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 16.05 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Meyer  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Crueger  
Frau Schiemann  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Imhoff  
Herr Schwarz

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe in Vertretung für Frau Dr.  
Schierenbeck  
Herr Bücking in Vertretung für Frau Dr.  
Schaefer

**Die Linke**

Frau Bernhard in Vertretung für Herrn  
Janßen

**FDP-Fraktion**

Herr Schomaker

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünemann  
Frau Zimmermann  
Frau Windeler  
Frau Prof. Dr. Reuther  
Herr Polzin  
Herr Viering  
Frau Kamp  
Herr Eickhoff  
Herr Modregger  
Herr Hürter  
Herr Schwalbach  
Frau Pieper  
Herr Donaubaue

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

ASV  
BBN

**III Gäste**

Herr Oertel

Naturschutzbeirat

**IV Gastdeputierte**

Frau Sprehe  
Herr Strohmänn  
Herr Scharf  
Herr Buchholz

SPD-Fraktion  
CDU-Fraktion  
CDU-Fraktion  
FDP-Fraktion

**Herr Pohlmann** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 6. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

|       |                                     |  |
|-------|-------------------------------------|--|
| TOP 1 | <b>Genehmigung der Tagesordnung</b> |  |
|-------|-------------------------------------|--|

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

*Einstimmig*

|       |   |     |
|-------|---|-----|
| TOP 2 | <b>Genehmigung von Protokollen</b><br>(hier: -Protokoll 19/4 der Sitzung am 03.12.2015<br>-Protokoll der Sondersitzung am 17.12.2015) | L/S |
|-------|---|-----|

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

*Einstimmig*

|       |   |     |
|-------|---|-----|
| TOP 3 | <b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft</b><br>-02- | L/S |
|-------|---|-----|

**Herr Imhoff** spricht den „Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung“ an. Für eine fundierte inhaltliche Beratung, wäre ein Zwischenstand angebracht, bevor im Mai eine Beschlussvorlage beraten werden könne.

**Herr Crueger** unterstützt diesen Vorschlag und regt an, dass sich die fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen beraten und der Deputation dazu einen Verfahrensvorschlag unterbreiten.

**Herr Dr. Sünemann** weist darauf hin, dass der Haushalts- und Finanzausschuss zu diesem Bericht die Federführung habe und daher in eine Vorbestimmung auch die weiteren beteiligten fachpolitischen Sprecherinnen und -sprecher einbezogen werden sollten.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

*Einstimmig*

|       |   |                  |
|-------|---|------------------|
| TOP 4 | <b>Finanzierung der Neuaufstellung des Landschaftsprogramms für das Teilgebiet Bremerhaven aus Mitteln der Bremischen Wasserentnahmegebühr</b><br>-3- | Vorlage<br>19/97 |
|-------|---|------------------|

**Herrn Schomaker** möchte wissen, welche Flächen genau unter Schutz gestellt werden sollen.

**Frau Bernhard** fragt nach der Finanzierung aus Mitteln der Abwassergebühr, die jährlich weniger würden und sich bis 2018 dem Ende zuneigten.

**Herr Hürter** erklärt, dass es nicht um die Ausweisung von konkreten Schutzgebieten gehe, sondern um ein Fachprogramm des Naturschutzes und der Landschaftspflege, in dem der Bestand bewertet und die langfristig orientierten Ziele des Naturschutzes flächenbezogen dargestellt würden. Dieses Fachprogramm solle als Abwägungsgrundlage für andere behördliche Planungen, insbesondere für die Bauleitplanung in Bremerhaven zur Verfügung stehen. Die Finanzierung erfolge aus Mitteln der Bremischen Wasserentnahmegebühr. Die hier benötigten Mittel seien in der Mittelplanung für die nächsten Jahre bereits eingestellt gewesen und stünden zur Verfügung.

**Herr Imhoff** kündigt an, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde. Bereits bei der Aufstellung des LaPro Bremen hatte die CDU die Vorahnung, dass dieses LaPro die wirtschaftliche Entwicklung, die bauliche Entwicklung und die landwirtschaftliche Entwicklung in Bremen immens bremsen werde, weil sie einseitig durch grüne Politik geprägt sei. Dies befürchte seine Fraktion hier ebenfalls und werde daher ablehnen.

**Herr Crueger** führt aus, dass weder Gewerbe- noch Landwirtschaftsentwicklung durch den Beschluss in der Entwicklung behindert würden. Für die Ökologie aber auch für die weitere Entwicklung der betroffenen Flächen, hier in Bremerhaven, sei dies ein guter Beschluss.

**Herr Saxe** ergänzt, dass es in dem Prozess zur Erstellung des LaPro Bremen eine intensive Rückkopplung mit der Landwirtschafts- und der Handelskammer gegeben habe, um auch deren Belange zu berücksichtigen. Dadurch seien gute Kompromisse gefunden wurden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr vorgestellte Kostenplanung zur Kenntnis und stimmt der vorgesehenen Finanzierung in den Jahren 2016 bis 2018 zu.*

*Zustimmung  
gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP*

|                             |  |                  |
|-----------------------------|--|------------------|
| <b>NACH-TRAG<br/>TOP 4a</b> | <b>Gesetz zur Änderung des Bremischen Architektengesetzes und des Bremischen Ingenieurgesetzes</b><br>-16- | Vorlage<br>19/89 |
|-----------------------------|--|------------------|

**Herr Schomaker** kritisiert die späte Zusendung einer solch umfangreichen Vorlage. Die EU-Vorgaben hätten zudem bereits am 18.1.2016 umgesetzt sein sollen.

**Herr Modregger** erklärt, dass die Erarbeitung des zugrundeliegenden Musterarchitektengesetzes abgewartet werden musste, bevor die Umsetzung in Bremisches Landesrecht erfolgen konnte. Die Verzögerung sei bereits dem BMWi gemeldet worden. Aufgrund der nur leichten Verzögerung würden jedoch keine Probleme mit der EU-Kommission erwartet.

Beschluss:

*Die Deputation Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem Gesetzentwurf zur Änderung des Bremischen Architektengesetzes und des Bremischen Ingenieurgesetzes zu und ist mit der Weiterleitung an den Senat einverstanden.*

*Einstimmig*

|                |  |                    |
|----------------|--|--------------------|
| <b>TOP 5</b>   | <b>Berichte der Verwaltung</b>   |                    |
| <b>TOP 5a)</b> | <b>Entwicklung der CO2-Emissionen im Land Bremen<br/>Bericht nach § 5 des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes (BremKEG)</b><br>-2- | BdV<br>schriftlich |

**Herr Senator Dr. Lohse** stellt fest, dass sich gegenüber dem Jahr 1990 die CO<sub>2</sub>- Emissionen um 7,4 % verringert hätten. Bei einem Ziel von 40% sei das ernüchternd. Die Daten stünden erst mit einem relativ großen Zeitverzug zur Verfügung. Dieser Bericht basiere auf Daten aus dem Jahr 2013. Bei den Verkehrsemissionen könne nur die Menge an Kraftstoff gemessen werden, die an bremischen Zapfsäulen getankt werde. Dies sei aber nur ein indirektes Maß dafür, wieviel tatsächlich durch den Bremer Verkehr emittiert werde. Außerdem seien einige bremische Besonderheiten aus dem KEP 2020 übernommen worden. Die Stahlwerke würden herausgerechnet, weil diese nicht durch politisches Handeln Bremens zu beeinflussen seien. Das Kraftwerk Farge werde herausgerechnet, weil dieses den Strom nicht nach Bremen liefere, sondern nach Niedersachsen. Beim Strommix könne nur der Strom zugrunde gelegt werden, der in Bremen erzeugt werde – aufgrund der begrenzten Flächen, die zur Erzeugung erneuerbarer Energien zur Verfügung stünden, betrage deren Anteil nur etwa 10 %, im Bundesdurchschnitt liege dieser bei 30%. Bei der Abfallverbrennung würden rechnerisch die Emissionen zugrunde gelegt, die bundesweit bei der Verbrennung von Abfällen verwendet werden, wohl wissend, dass man in Bremen bei der Abfallverbrennung günstigere CO<sub>2</sub>- Werte erreiche. Die Abfallverbrennung habe sich mehr als verdoppelt. Es würden aber nicht nur bremische Abfälle verbrannt, sondern auch Abfälle aus der Region. Die swb habe inzwischen die Turbine dort gegen eine dreifach effizientere ausgetauscht. Das bedeute, dass aus einer Tonne Abfall dreimal so viel Strom erzeugt werde wie bisher. Das mache zwar die CO<sub>2</sub>- Bilanz schlechter, sei aber gut für den Klimaschutz. Bremen habe die Maßnahmen, die es sich im KEP 2020 vorgenommen habe, zum allergrößten Teil bereits jetzt schon umgesetzt. Bei den erneuerbaren Energien sei bereits 110% dessen erreicht worden, was man damals im Prognoseszenario als Klimaschutzpfad beschrieben und für möglich gehalten habe. Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sei allein seit dem Jahr 2010 um 50% gesteigert worden. Im Bereich Verkehr werde durch den VEP eine Einsparung in der Größenordnung von 40% prognostiziert, allerdings werde dessen Realisierung länger als bis zum Jahr 2020 dauern. Auf viele Dinge habe Bremen aber keinen Einfluss, wie beispielsweise auf die Kraftstoffeffizienz von PKW.

Ergänzend gebe es eine ganze Reihe von flankierenden Maßnahmen, wie die Fortführung der Förderprogramme AUF, PFAU und REN, die Ausrichtung der energiekonsens zur Beratung von KMU, die partnerschaft umwelt unternehmen und das Solardachkataster. Im Bereich der Bremischen Beteiligungsunternehmen seien ausgezeichnete Erfolge zu verzeichnen. Die Gewoba emittiere mittlerweile über 50% weniger als im Jahr 1990 und entwickle nun eine Strategie, wie sie das Ziel für 2050, 80% Minderung, erreichen könne. Bremenports und hanseWasser steuerten beide auf das Ziel der Klimaneutralität zu.

Trotzdem sei festzustellen, dass gerade im Bereich der Unternehmen insgesamt keine Verbesserung zu verzeichnen sei, was aber auch nicht bedeute, dass diese nichts tun. Wenn die Produktion z.B. um 1/3 effizienter geworden sei, aber gleichzeitig 50% mehr produziert werde, bleiben die Emissionen gleich hoch. Die Maßnahmen im KEP seien zum großen Teil umgesetzt, teilweise auch zu über 100 % aber die Erfolge würden anderweitig überkompensiert, durch die Müllverbrennung, durch die fortgesetzte Kohleverstromung und durch das Wirtschaftswachstum. Mit den landespolitischen Instrumentarien stoße man hier an Grenzen.

**Herr Saxe** stellt fest, dass eine CO<sub>2</sub>-Einsparung von 7,4 % unbefriedigend und sehr weit von dem 40%-Ziel entfernt sei. Das Klimaschutz und Energieprogramm solle alle vier Jahre fortgeschrieben werden, diese Fortschreibung sei nun zwei Jahre überfällig und müsse jetzt entschlossen angegangen werden. In Paris wurde ein wegweisender Kompromiss gefunden, wie man weiter mit den Klimaschutzziele umgehen solle. Alle seien noch stärker gefordert, um die notwendigen Klimaschutzziele tatsächlich auch zu erreichen.

Zumindest im Verkehr sei die Entwicklung einigermaßen positiv, der Autoverkehr in Bremen habe um 5 % abgenommen. Ein Problembereich sei ganz eindeutig die Wirtschaft, wo bisher auf Freiwilligkeit gesetzt wurde. Jetzt müsse man konstatieren, dass gerade Deutschland bei der Umsetzung der EU- Energieeffizienzrichtlinie ziemlich weit zurückliege. Unter anderem waren freiwillig 500 Energieeffizienznetzwerke vorgesehen worden. Auf Bremen übertragen wären dies fünf, man habe es aber mühsam geschafft, eines hinzukriegen und beim zweiten laufe es nicht richtig. Hier sei die Wirtschaft ganz eindeutig mehr gefordert. Energieeffizienz sei der Schlüssel für einen kosteneffizienten Klimaschutz und sichere die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Hier müsse auch Bremen einen Beitrag leisten, dazu sei viel Überzeugungsarbeit nötig.

Man werde das Ziel von 40% jedoch nicht ohne den Kohleausstieg erreichen. Der Kohleausstieg müsse auf Bundesebene eingeleitet und ein Kohleausstiegsgesetz auf den Weg gebracht werden. Die Befürchtungen zur Versorgungssicherheit würden durch diverse Gutachten widerlegt.

Entgegen den Darstellungen in der Presse werde das Bremer Wärmeschutzprogramm nicht abgeschafft, sondern wie bisher fortgesetzt.

**Herr Strohmann** hält die Beiträge für Schönrederei. Die letzte Planfeststellung einer Straßenbahnlinie war noch zu Zeiten der Großen Koalition, die Verlängerung der Line 1 und 8. Danach sei das Infrastrukturprojekt durch die rot-grüne Koalition nur verzögert worden. Gleiches gelte für die A 281, die schon längst hätte fertig sein können. energiekonsens habe es schon lange in der Großen Koalition gegeben. Die Bremer energiekonsens konnte gerade mit Unterstützung aller gerettet werden, nachdem die Koalition die Gelder gekürzt habe. Ein Solarkataster nütze nichts, wenn es nicht gelinge, zusätzliche Solardächer auch zu schaffen. Es wurde viel Papier beschrieben aber ohne Wirkung. Nun sei die Wirtschaft das Feindbild. Seine Fraktion habe immer konkrete Vorschläge gemacht, die energetische Sanierung müsse viel intensiver angegangen, energiekonsens viel intensiver ausgebaut werden. Der BUND kritisiere zu Recht den Umgang mit dem Wärmeschutzprogramm. Die Fördergelder würden nicht mehr an Haushalte ausgegeben, sondern an die staatliche Organisation Gewoba. Zum Kohleausstieg scheitere man bisher an der Lobby in den Kohlerevieren. Ihn interessiere, ob seitens der Grünen Fraktion dazu andere Erkenntnisse bestehen.

**Herr Crueger** verweist ebenfalls auf den Beschluss von Paris. Es sei eine große Herausforderung die Klimaschutzziele zu realisieren. Auch andere Städte stünden vor diesem Problem. Berlin habe sich vorgenommen, bis 2050 klimaneutral zu sein und versuche insbesondere mit Projekten zur Digitalisierung, z. B. bei der Straßenbeleuchtung, intelligente Lösungen zum Energiesparen zu finden. Hamburg plane einen Runden Tisch mit der Autoindustrie, da bei Stadtstaaten der Autoverkehr rechnerisch immer viel stärker durchschlage, als in den Flächenstaaten.

Zwar sei es auf Bundesebene und auch mit den Kollegen aus den Kohlerevieren schwierig, über den Kohleausstieg zu reden, aber die Zielrichtung sei klar. Hier gehe es um ein Landesprogramm, darum, was Bremen und Bremerhaven tun müssen. Das habe immer auch etwas mit Umweltbildung zu tun. Hier könne man von Bremerhaven lernen, der Jugendklimarat sei nur ein Beispiel dafür, und miteinander diesen Weg gehen.

**Frau Bernhard** sieht einen der Schwerpunkte bei den Emissionen im Agrarsektor. Gerade als eine westliche Industrienation sei man gefordert, nachhaltige Politik auch umzusetzen. Dort, wo man Einfluss habe, werde dieser auch genutzt. Aber in vielen Bereichen habe Bremen keinen Einfluss. Dieser Bericht sei vom Ergebnis geradezu erschütternd. Die Datengrundlage stelle sich im Einzelnen sehr differenziert dar. Diese Zahlen seien auf sehr unterschiedlichem Wege und in sehr unterschiedlichen Zeiträumen zustande gekommen. Insgesamt müsse man sehen, dass in den größten Industriebereichen, Ernährung, Tabak, Kfz-Bau und sonstiger Fahrzeugbau, nichts passiert sei. Man müsse sich fragen, was das für Bremen bedeute und wie man da ein Stück weiter kommen könne. In Bremen müsse durchaus mehr gehen, was die Klimaschutzfragen anbelange. Selbst wenn man differenziert zu diesen Daten stehe, Bremen sei alles andere als auch nur in der Nähe der für 2020 gesetzten Klimaziele. Auch die Stahlindustrie dürfe sich nicht aus ihrer bremischen Verantwortung ziehen.

**Herr Staatsrat Meyer** erklärt, dass der Bericht sehr eindeutig zeige, dass die Handlungsmöglichkeiten für das Bundesland Bremen in einigen Bereichen stark begrenzt seien. Umso wichtiger sei, dass sich das Land Bremen auch auf Bundesebene für einen deutlichen Klimaschutz einsetze. Klimaschutz finde aber auch auf EU-Ebene, z.B. über das Emissionshandelssystem statt. Man brauche ein starkes CO<sub>2</sub>- Handelssystem, damit sich auch die Industrie marktgerecht dem Klimaschutz nähern könne.

Es sei unstrittig, dass auch das Stahlwerk zu einem energieintensiven Unternehmen gehöre und z.B. von der EEG-Umlage befreit werde und nur in Teilen dem Emissionshandelssystem unterliege.

**Herr Strohmann** kritisiert, dass schon viel früher etwas hätte unternommen werden müssen, um den CO<sub>2</sub>- Ausstoß zu drosseln. Man hätte schon viel früher viel mehr Straßenbahnlinien haben

oder mehr Solardächer in dieser Stadt aufstellen können, die privat finanziert werden würden, aber es sei nicht passiert.

**Herr Staatsrat Meyer** entgegnet, dass bereits 2015 im Bereich der Photovoltaik 321 % des Zieles für 2020 in der Stromerzeugung erreicht sei.

**Frau Bernhard** möchte wissen, wie es sein könne, dass das Referenzszenario, das einen Verzicht auf eine aktive Klimaschutzpolitik unterstelle, besser sei, als die Ist- Werte.

**Herr Senator Dr. Lohse** erläutert, dass manche Bereiche sich anders entwickelt hätten, als damals prognostiziert wurde. Die Abfallverbrennung z.B. habe viel stärker zugenommen und gerade im Bereich der Wirtschaft habe es Entwicklungen gegeben, die man damals so nicht vorhersehen konnte. Der starke Zuwachs bei den Solardächern belege aber auch eindeutig, dass man in einigen Bereichen viel mehr realisiert habe, als damals in den optimistischen Prognosen angenommen wurde. Im Bereich der Wirtschaft lägen weitere Aufgaben, und es müssten Gespräche unter anderem mit der Handelskammer geführt werden, wie man sich von deren Seite der Herausforderung stellen könne, aber auch, welche Potenziale und Chancen hier für Innovationen, für eine andere Art von Wirtschaftswachstum dabei erschlossen werden können.

An der Fortschreibung des KEP werde nun konzentriert gearbeitet und es sei geplant, noch im Sommer einen Entwurf vorzulegen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.*

*Einstimmig*

|                |  |                    |     |
|----------------|--|--------------------|-----|
| <b>TOP 5b)</b> | <b>Realisierung des Autobahnringeschlusses BAB A 281</b><br>- 5- | BdV<br>schriftlich | L/S |
|----------------|--|--------------------|-----|

**Herr Imhoff** ist verwundert über die Ankündigung, dass Mitte März entschieden werde, ob die Finanzierung der Tunnelmaßnahme BA 4 vom Bund übernommen werde. Bereits im Zusammenhang mit dem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht sei seiner Meinung nach eine schriftliche Zusicherung des Bundes vorgelegt worden, dass dieser die Kosten trage.

**Frau Bernhard** verweist auf eine neue Verkehrsprognose von IVV Aachen und bittet darum, in diesem Zusammenhang die Entwicklung der gesamten Verkehrssituation in einem Bericht darzustellen. Weiter würden gravierende Einschränkungen für die Erreichbarkeit u.a. des Krankenhauses befürchtet. Auch hierzu möchte sie einen Bericht

**Frau Sprehe** begrüßt, dass man mit der anstehenden öffentlichen Auslegung einen großen Schritt weitergekommen sei. Auch sie befürchtet Beeinträchtigungen im gesamten Wohngebiet durch den Baustellenverkehr und möchte wissen, wie damit umgegangen werde.

**Herr Pohlmann** betont die Wichtigkeit eines Ringschlusses sowohl für die Wirtschaftsverkehre wie auch für die Entlastung der Wohngebiete, insbesondere im Bremer Süden, aber auch in Folge im Bremer Westen.

**Herr Polzin** berichtet, dass voraussichtlich ab dem 21. März der Bundesverkehrswegeplan ausgelegt werde und auch im Erdgeschoss des Dienstgebäudes Contrescarpe 72 eingesehen werden könne. Der Bund habe in Leipzig zugesichert, dass er, wenn keine Finanzierung im Rahmen einer öffentlich-privaten-Partnerschaft (ÖPP oder auch PPP) möglich sei, eine konventionelle Finanzierung allein aus Haushaltsmitteln des Bundes tragen würde. Es zeige sich, dass ÖPP hier nicht marktfähig sei und sich durch den Rückgang in der Verkehrsprognose noch weniger rechnen werde. Der Rückgang der Verkehrszahlen liege auch daran, dass es weiterhin keine Lösung für die Anbindung der B 212 in Richtung Brake gebe. Dies hänge mit der Überschreitung der Lärmgrenzwerte in Delmenhorst an der Landesstraße L 318 zusammen, wenn diese über die B 212 n an die neue Anschlussstelle am Ende des GVZ angeschlossen würde. Dadurch würden sich in Delmenhorst die Verkehrsmengen verdoppeln und Lärmsanierungsgrenzwerte überschritten werden. Damit sei die B 212 n nicht

planfeststellbar. Der Bund habe eine Umgehung zwischen Ganderkesee und Delmenhorst vorgeschlagen. Diese sei in Niedersachsen derzeit landes- und lokalpolitisch nicht vorstellbar. Eine Umsetzung in ÖPP sei nicht generell schneller. Wenn das Geld vorhanden sei, dann könne eine Maßnahme über eine konventionelle Finanzierung deutlich schneller umgesetzt werden.

Am Mittwoch, 9. März 18:00 Uhr sei geplant, in der Oberschule am Leibnizplatz die Baustellenablaufkonzeption vorzustellen und die erwarteten Auswirkungen der Baustellen auf die Stadtteile darzustellen. Dort würden viele der Fragen beantwortet werden können.

**Herr Imhoff** stellt fest, dass die B 212 n nicht nur wichtig für das PPP Modell sei, sondern auch, um die Innenstadt zu entlasten. Im Stromer Beirat sei eine Art Ersatzstraße vorgestellt worden, inwieweit sei diese in der Planung oder in der Umsetzung?

**Herr Polzin** erläutert, dass es Überlegungen zu einer sogenannten kommunalen Entlastungsstraße (KES) gegeben habe, um in kommunaler Baulast den Anschluss an das vorhandene Straßennetz in Niedersachsen herzustellen. Neben Belangen des Naturschutzes sei das entscheidende Problem dabei, dass sich die KES verkehrlich in Delmenhorst genauso auswirken würde, wie die B 212 n. Auch dadurch würden dort die Verkehrsmengen verdoppelt und Lärmsanierungsgrenzwerte überschritten. Eine KES sei also rechtlich nicht möglich. Hinsichtlich eines Berichtes zu den Verkehrszahlen und Auswirkungen vor Ort schlägt er vor, den Bundesverkehrswegeplan abzuwarten.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

|              |                      |  |
|--------------|----------------------|--|
| <b>TOP 6</b> | <b>Verschiedenes</b> |  |
|--------------|----------------------|--|

Für die **Haushaltsaufstellung** wird es eine **Sondersitzung** der Deputationen geben müssen. Diese wird **am 6. April 2016 von 14:00 bis 16:00** stattfinden.

**Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:**

|  |  |                              |
|--|--|------------------------------|
| <b>Sachstand zur Umsetzung der EU-Wasser-rahmenrichtlinie und den Verhandlungen in der Werra-Weser- Anrainerkonferenz und der Flussgebietsgemeinschaft Weser</b> | Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Janßen</b> | <b>Geplant am 10.03.2016</b> |
|--|--|------------------------------|

**Herr Pohlmann** schließt die 6. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll